



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel 12.7.2023
C(2023) 4850 endg.

Hr. Antonio Tajani
Ministerium für auswärtige
Angelegenheiten und internationale
Zusammenarbeit
Piazzale della Farnesina,
00135 Rom
Italien

Betreff: **Notifizierung 2023/205/I**

Öffentliche Konsultation zur Bedeutung audiovisueller und Radio-Mediendienste von allgemeinem Interesse und zur Zugänglichkeit des automatischen Nummerierungssystems der digitalen terrestrischen Fernsehkanäle

Abgabe einer ausführlichen Stellungnahme gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2015/1535 vom 9. September 2015

Abgabe von Bemerkungen gemäß Artikel 5 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2015/1535 vom 9. September 2015

Sehr geehrte Damen und Herren,

Im Rahmen des Notifizierungsverfahrens gemäß der Richtlinie (EU) 2015/1535¹ haben die italienischen Behörden der Kommission am 20. April 2023 den Entwurf „*Öffentliche Konsultation zur Bedeutung audiovisueller und Radio-Mediendienste von allgemeinem Interesse und zur Zugänglichkeit des automatischen Nummerierungssystems der digitalen terrestrischen Fernsehkanäle*“ (im Folgenden „notifizierter Entwurf“) übermittelt. Dieser besteht aus dem Entwurf „*Verordnung über die Zugänglichkeit des automatischen Nummerierungssystems der digitalen terrestrischen Fernsehkanäle*“ (Anhang A) und dem Entwurf von „*Leitlinien zur Bedeutung audiovisueller und Radio-Mediendienste von allgemeinem Interesse*“ (Anhang B) und einem Beschluss über die Einleitung einer öffentlichen Konsultation zu diesen Entwürfen.

¹ Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (Kodifizierung), ABl. L 241 vom 17.9.2015, S. 1.)

Gemäß der Notifizierung zielt der notifizierte Entwurf (EntschlieÙung Nr. 14/23/CONS und ihre Anhänge) auf die Umsetzung von Artikel 29 des Gesetzesdekrets Nr. 208 vom 8. November 2021 (TUSMA) und Artikel 7a der Richtlinie (EU) 2018/1808 (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste)² ab. Der notifizierte Entwurf betrifft die Annahme von Maßnahmen zur Gewährleistung einer angemessenen Herausstellung audiovisueller und Radio-Mediendienste von allgemeinem Interesse und zur Zugänglichkeit des automatischen Nummerierungssystems der digitalen terrestrischen Fernsehkanäle.

Die italienischen Behörden meldeten mit der Notifizierung 2023/73/IT ursprünglich nur die öffentliche Konsultation zur Bedeutung audiovisueller und Radio-Mediendienste von allgemeinem Interesse und zur Zugänglichkeit des automatischen Nummerierungssystems der digitalen terrestrischen Fernsehkanäle, zogen diese Notifizierung jedoch zurück und übermittelten die zusammenhängende Textsammlung wie oben beschrieben in Form der Notifizierung 2023/205/IT erneut. Im Zusammenhang mit dieser früheren Notifizierung richteten die Kommissionsdienststellen am 24. März 2023 ein Ersuchen um ergänzende Informationen an die italienischen Behörden, um Erläuterungen zu der angemeldeten Maßnahme zu erhalten. Die von den italienischen Behörden am 6. April 2023 übermittelten Antworten werden bei der folgenden Bewertung berücksichtigt.

In der Notifizierung und in ihrer Antwort vom 6. April 2023 auf das von den Kommissionsdienststellen übermittelte Ersuchen um ergänzende Informationen zur vorherigen Notifizierung 2023/73/IT wiesen die italienischen Behörden darauf hin, dass das letztendliche Ziel der angemeldeten Maßnahme darin bestehe, Pluralismus, freie Meinungsäußerung, kulturelle Vielfalt und die Wirksamkeit der Information für ein möglichst breites Publikum zu gewährleisten.

Der Medienpluralismus ist ein grundlegender Wert der Europäischen Union, der in Artikel 11 Absatz 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankert ist. Insofern wird die Zielsetzung von Initiativen, die sich für den Medienpluralismus einsetzen, von der Kommission anerkannt und geteilt. Die Kommission setzt sich auch für den Schutz und die Förderung der Vielfalt der Medien und des Medienpluralismus im Online-Umfeld ein. In diesem Zusammenhang hat die EU das Gesetz über digitale Dienste angenommen³, das spezifische Garantien zum Schutz der Medienvielfalt im Internet enthält. Darüber hinaus nahm die Kommission einen Vorschlag für das neue europäische Medienfreiheitsgesetz (EMFA)⁴ an, der derzeit von den gesetzgebenden Organen geprüft wird.

Die Kommission stellt fest, dass die angemeldete Maßnahme nach der Antwort der italienischen Behörden aus einer öffentlichen Konsultation, dem Entwurf einer Maßnahme und zwei Anhängen besteht: (i) Leitlinien für die Bedeutung audiovisueller und Radio-Mediendienste von allgemeinem Interesse (Anhang B); und ii) Entwurf einer Verordnung über die Zugänglichkeit digitaler terrestrischer Fernsehkanäle (Anhang A). Diese Unterlagen sind alle in demselben Dokument im neu notifizierten Entwurf

² Richtlinie (EU) 2018/1808 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. November 2018 zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste) im Hinblick auf sich verändernde Marktgegebenheiten.

³ Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste).

⁴ Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für Mediendienste im Binnenmarkt (Europäisches Medienfreiheitsgesetz) und zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU.

enthalten. Die italienischen Behörden erklären, dass die endgültige Entscheidung der italienischen Behörde den eingegangenen Beiträgen und der Bewertung der Europäischen Kommission im Rahmen dieser Notifizierung Rechnung tragen wird.

Die Kommission nimmt ferner zur Kenntnis, dass die angemeldete Maßnahme einschließlich der Anhänge, wie die italienischen Behörden in ihrer Antwort klargestellt haben, von rechtlicher Art und auf den dort genannten Umfang der Dienste anwendbar ist.

Was Anhang B zur Bedeutung audiovisueller und Radio-Mediendienste von allgemeinem Interesse betrifft, würde die angemeldete Maßnahme bestimmte Verpflichtungen mit sich bringen, um die Herausstellung einer von der italienischen Behörde festzulegenden Liste von Diensten sicherzustellen, die sowohl öffentliche als auch kommerzielle Anbieter von audiovisuellen und Radio-Mediendiensten umfassen würde. Nach den Informationen, die die italienischen Behörden in ihren Notifizierungen vorgelegt haben, sind die italienischen Behörden der Ansicht, dass jene Einrichtungen der Verpflichtung zur Herausstellung unterliegen sollten, die in der Lage sind, die Art und Weise zu beeinflussen, auf die den Nutzern Inhalte und Dienste präsentiert werden. In Anhang B Absatz 13 Nummer 3 werden diese Einrichtungen unter anderem als *„Fernsehgeräte mit Internetanschluss“* und *„bei Händlern oder App-Stores verfügbare Benutzerschnittstellen oder Anwendungen, die den Zugang zu Diensten von allgemeinem Interesse auf anderen Geräten ermöglichen“* angeführt.

Die angemeldete Maßnahme überträgt der italienischen Behörde in Anhang B Nummer 6 die Befugnis, die Einhaltung der vorstehenden Herausstellungspflicht durch die betreffenden Dienste zu überwachen und zu kontrollieren und im Falle eines Verstoßes Sanktionen zu verhängen.

Die Prüfung des notifizierten Entwurfs hat die Kommission zur Abgabe der folgenden ausführlichen Stellungnahme und Bemerkungen veranlasst.

1. Ausführliche Stellungnahme

1.1 Bewertung von Anhang B des notifizierten Entwurfs im Lichte der Richtlinie 2000/31/EG⁵

a) Anwendbarkeit der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr

Die Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr bildet den horizontalen Rahmen für die Dienste der Informationsgesellschaft.

Nach den in der Notifizierung sowie in der Antwort der italienischen Behörden auf das von den Kommissionsdienststellen übermittelte Ersuchen um ergänzende Informationen enthaltenen Angaben würden zumindest einige der Dienste, die in den Anwendungsbereich von Anhang B fallen, als Dienste der Informationsgesellschaft gemäß Artikel 2 Buchstabe a der Richtlinie 2000/31/EG (Richtlinie über den

⁵ Richtlinie 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2000 über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs, im Binnenmarkt („Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr“), Amtsblatt L 178.

elektronischen Geschäftsverkehr) und Artikel 1 Buchstabe b der Richtlinie (EU) 2015/1535 eingestuft.

Dies gilt insbesondere für Benutzerschnittstellen und die Software von mit dem Internet verbundenen Fernsehgeräten. In Bezug auf erstere geben die italienischen Behörden an, dass Benutzerschnittstellen unter die Definition von Diensten der Informationsgesellschaft fallen, d. h. jede in der Regel gegen Entgelt elektronisch im Fernabsatz und auf individuellen Abruf eines Empfängers erbrachte Dienstleistung. Soweit diese der Definition dieser Bestimmungen entsprechen („jede in der Regel gegen Entgelt elektronisch im Fernabsatz und auf individuellen Abruf eines Empfängers erbrachte Dienstleistung“) gilt die Erbringung von Dienstleistungen im Zusammenhang mit Benutzerschnittstellen, wie der Software, die in angeschlossenen Geräten verwendet wird, und solchen, die über Online-Dienste (z. B. App-Stores) bereitgestellt werden, als Dienst der Informationsgesellschaft im Sinne der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr.

In ihrer Antwort auf das von den Kommissionsdienststellen übermittelte Ersuchen um ergänzende Informationen geben die italienischen Behörden ferner an, dass die in Anhang B des notifizierten Entwurfs aufgeführten Maßnahmen und Verpflichtungen auch für Diensteanbieter gelten würden, die außerhalb des italienischen Hoheitsgebiets ansässig sind.

Die in Anhang B des notifizierten Entwurfs aufgeführten Verpflichtungen zur Herausstellung bestimmter Inhalte betreffen Anforderungen an die Aufnahme oder Ausübung der Tätigkeit der Dienste der Informationsgesellschaft. Als solche fallen diese Verpflichtungen in den in Artikel 2 Buchstabe h Ziffer i genannten koordinierten Bereich der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr und wurden daher gegenüber dieser Richtlinie geprüft.

In ihrer Notifizierung betonen die italienischen Behörden, dass audiovisuelle und Radio-Mediendienste von allgemeinem Interesse angemessen hervorgehoben werden sollten, um Pluralismus, freie Meinungsäußerung, kulturelle Vielfalt und die Wirksamkeit der Information für ein möglichst breites Publikum zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang möchte die Kommission darauf hinweisen, dass das Ziel, die Vielfalt und den Pluralismus der Medien zu gewährleisten, durch die Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr zwar anerkannt und gefördert wird, Artikel 1 Absatz 6 jedoch vorsieht, dass Maßnahmen zur Förderung des Pluralismus dennoch das EU-Recht, einschließlich der in der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr selbst festgelegten Vorschriften, beachten müssen.

b) Artikel 3 Absätze 1 und 2 der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr

In Bezug auf Dienste der Informationsgesellschaft im Sinne des Artikels 1 Buchstabe b der Richtlinie (EU) 2015/1535 legt Artikel 3 der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr im abgeleiteten EU-Recht die in Artikel 56 AEUV verankerte Dienstleistungsfreiheit fest. Artikel 3 der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr beruht auf dem Grundsatz, dass Dienste der Informationsgesellschaft an der Quelle der Tätigkeit geregelt werden müssen und grundsätzlich dem Recht des Mitgliedstaats unterliegen, in dem der Diensteanbieter niedergelassen ist (siehe Erwägungsgrund 22 der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr).

Gemäß Artikel 3 Absatz 1 müssen die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass in ihrem Hoheitsgebiet niedergelassene Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft die geltenden Bestimmungen ihrer jeweiligen nationalen Gesetze für Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft oder Dienste der Informationsgesellschaft einhalten. Artikel 3 Absatz 2 fügt hinzu, dass die Mitgliedstaaten den freien Verkehr von Diensten der Informationsgesellschaft aus einem anderen Mitgliedstaat nicht aus Gründen einschränken dürfen, die in den koordinierten Bereich fallen.

Wie die italienischen Behörden in ihrer Antwort bestätigt haben, würden die in Anhang B des notifizierten Entwurfs genannten Verpflichtungen für Dienste der Informationsgesellschaft gelten (soweit Benutzerschnittstellen und Software auf mit dem Internet verbundenen Fernsehgeräten Dienste der Informationsgesellschaft darstellen), die außerhalb des italienischen Hoheitsgebiets ansässig sind. Folglich wären diese Dienste der Informationsgesellschaft, die in anderen Mitgliedstaaten als Italien ansässig sind, zu Folgendem verpflichtet:

- bestimmte Dienstleistungen, die von der italienischen Behörde als von allgemeinem Interesse angesehen werden, im italienischen Hoheitsgebiet angemessen sichtbar zu machen;
- um dies zu tun, ihre Dienste und die Art und Weise, wie sie ihre Tätigkeit im italienischen Hoheitsgebiet ausüben, an die in Anhang B des notifizierten Entwurfs aufgeführten Anforderungen an die Präsentation anzupassen: (i) spezielle Kacheln oder Symbole, die sofort auf der Startseite der Benutzerschnittstelle sichtbar sind; (ii) Zugänglichkeit zu diesen Diensten von allgemeinem Interesse mit einer maximalen Anzahl von zwei Klicks (Aktionen) durch den Nutzer; (iii) und mindestens eine zusätzliche Maßnahme aus der Liste in Anhang B des notifizierten Entwurfs, um die Auffindbarkeit dieser Dienste von allgemeinem Interesse zu gewährleisten;
- die von der italienischen Behörde in einer jährlich aktualisierten Liste veröffentlichten Dienste von allgemeinem Interesse korrekt anzugeben;
- alle anderen von der zuständigen italienischen Behörde beschlossenen Durchführungsmaßnahmen einzuhalten;
- die italienische Behörde über die zur Erfüllung dieser Verpflichtungen getroffenen Maßnahmen zu unterrichten.

Darüber hinaus sind die italienischen Behörden nach dem notifizierten Entwurf befugt, die Einhaltung der Vorschriften an die Anbieter von unter die Verpflichtungen fallenden Benutzerschnittstellen zu überwachen und zu kontrollieren und bei Nichteinhaltung Geldbußen zu verhängen.

Vor diesem Hintergrund ist die Kommission der Auffassung, dass die in der angemeldeten Maßnahme festgelegten Verpflichtungen eine Beschränkung der grenzüberschreitenden Erbringung von Diensten der Informationsgesellschaft im Sinne von Artikel 3 Absatz 2 der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr darstellen, soweit sie für in anderen Mitgliedstaaten niedergelassene Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft gelten, die ihre Dienste in Italien erbringen.

c) Artikel 3 Absatz 4 der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr

In Artikel 3 Absatz 4 Buchstabe a Nummer i der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr sind die Gründe für eine Ausnahmeregelung zu den in Artikel 3 Absätze 1 und 2 genannten Grundsätzen erschöpfend aufgeführt.

Es sei darauf hingewiesen, dass die italienischen Behörden nicht geltend gemacht haben, ob die angemeldete Maßnahme unter einen der Gründe fallen würde, die eine Ausnahmeregelung auf der Grundlage von Artikel 3 Absatz 4 zulassen. Folglich haben sie keine Informationen vorgelegt, die es der Kommission ermöglichen würden, eine Beurteilung der Erfüllung der inhaltlichen und verfahrenstechnischen Anforderungen des Artikels 3 Absatz 4 der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr vorzunehmen.

Generell kann eine allgemeine und abstrakte Bestimmung, die jedem Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft Verpflichtungen auferlegt, wie sie in Anhang B des notifizierten Entwurfs festgelegt sind, keine „Maßnahme“ im Sinne von Art. 3 Abs. 4 der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr darstellen. Nach dieser Bestimmung kann ein anderer Mitgliedstaat als derjenige der Niederlassung nur dann von der in Art. 3 Abs. 1 der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr garantierten freien Erbringung von Diensten der Informationsgesellschaft abweichen, indem er Maßnahmen von Fall zu Fall ad hoc erlässt.

Darüber hinaus hängt die Art einer Maßnahme, mit der ein Bestimmungsmitgliedstaat eine Ausnahmeregelung zu Grundsätzen nach Art. 3 Abs. 1 und 2 der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr erlassen kann, von den inhaltlichen und verfahrenstechnischen Voraussetzungen nach Art. 3 Abs. 4 Buchst. a und b der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr ab. Art. 3 Abs. 4 Buchst. a Nummer ii dieser Richtlinie verlangt, dass jede Ausnahmeregelung („Angriff auf einen Dienst der Informationsgesellschaft“) unter Berücksichtigung des Schadens oder der schwerwiegenden und ernsthaften Gefahr eines Schadens des Dienstes auf das zur Rechtfertigung der restriktiven Maßnahmen geltend gemachte Ziel ausgerichtet sein muss. Darüber hinaus müssen die Maßnahmen gemäß Nummer iii dieser Bestimmung in einem angemessenen Verhältnis zu diesen Zielen stehen.

Gemäß Artikel 3 Absatz 4 Buchstabe b müssen bestimmte Verfahrensvoraussetzungen erfüllt sein, damit ein Mitgliedstaat vom Grundsatz der Kontrolle des Herkunftslandes abweichen kann. Genauer gesagt sollte der „Aufnahmemitgliedstaat“ (in diesem Fall Italien) vor der Ergreifung der betreffenden restriktiven Maßnahmen den Herkunftsmitgliedstaat des/der betreffenden Diensteanbieter auffordern, Maßnahmen zu ergreifen, um das festgestellte Problem der öffentlichen Ordnung anzugehen. Ergreift dieser Mitgliedstaat keine (angemessenen) Maßnahmen, so muss er anschließend zusammen mit der Kommission über die Maßnahme unterrichtet werden, die der Aufnahmemitgliedstaat zu ergreifen beabsichtigt. Nach Kenntnis der Kommission und auf der Grundlage der im Rahmen dieser Notifizierung übermittelten Informationen haben die italienischen Behörden diese Verfahrensanforderungen gemäß Artikel 3 Absatz 4 Buchstabe b nicht erfüllt.

Vor diesem Hintergrund und auf der Grundlage der ihr vorliegenden Informationen ist die Kommission der Ansicht, dass die Annahme des Anhangs B des notifizierten Entwurfs zu einer ungerechtfertigten Beschränkung der freien Erbringung von Diensten der Informationsgesellschaft im italienischen Hoheitsgebiet führen wird, was gegen Artikel 3 der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr verstößt.

Aus den oben genannten Gründen gibt die Kommission eine ausführliche Stellungnahme gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2015/1535 ab, der zufolge die angemeldete Maßnahme im Falle ihrer Annahme ohne angemessene Berücksichtigung der vorstehenden Anmerkungen einen Verstoß gegen Artikel 3 der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr darstellt.

Die Kommission erinnert die italienischen Behörden daran, dass die Abgabe einer ausführlichen Stellungnahme gemäß Artikel 6 Absatz 2 der oben genannten Richtlinie (EU) 2015/1535 den Mitgliedstaat, der den betreffenden Entwurf einer technischen Vorschrift ausgearbeitet hat, verpflichtet, dessen Annahme um vier Monate ab dem Datum der Notifizierung aufzuschieben.

Diese Frist läuft demnach am 21. August 2023 ab.

Die Kommission weist die italienischen Behörden zudem darauf hin, dass der Mitgliedsstaat, an den die ausführliche Stellungnahme gerichtet wurde, nach dieser Bestimmung ebenfalls verpflichtet ist, die Kommission über die von ihm beabsichtigten Folgemaßnahmen zu unterrichten.

Die Kommission fordert die italienischen Behörden außerdem auf, ihr gemäß Artikel 5 Absatz 3 der Richtlinie (EU) 2015/1535 den endgültigen Wortlaut des betreffenden Entwurfs einer technischen Vorschrift bei dessen Annahme mitzuteilen.

Sollte die italienische Regierung den in der Richtlinie (EU) 2015/1535 vorgesehenen Pflichten nicht nachkommen oder sollte der Wortlaut des betreffenden Entwurfs einer technischen Vorschrift ohne Berücksichtigung der obigen Einwände angenommen werden oder auf andere Art und Weise gegen das Recht der Europäischen Union verstoßen, kann die Kommission gemäß Artikel 258 AEUV ein Verfahren gegen Italien einleiten.

2. Besondere Hinweise

2.1 Allgemeine Bemerkungen zu Anhang B des notifizierten Entwurfs

Auf der Grundlage der Erläuterungen der italienischen Behörden zu Anhang B des notifizierten Entwurfs geht die Kommission davon aus, dass drei Arten von Diensten in den Warenkorb von Diensten von allgemeinem Interesse aufgenommen würden. Erstens öffentlich-rechtliche audiovisuelle und Radio-Mediendienste, die entweder über digitales terrestrisches Fernsehen, Satellit oder Online (Catch-up-TV oder Radio, Online-FM und DAB+) kostenlos bereitgestellt werden. Zweitens die nationalen kommerziellen (privaten) audiovisuellen und Radio-Mediendienste, die auf die oben genannten Weisen kostenlos bereitgestellt werden. die lokalen kommerziellen (privaten) audiovisuellen und Radio-Mediendienste, die über das digitale terrestrische Fernsehen bereitgestellt werden.

Alle drei Arten von Diensten werden Programme allgemeiner, halb-allgemeiner und informativer Art umfassen (wie im Zusammenhang mit der Aktualisierung des neuen automatischen Nummerierungsplans für digitale terrestrische Fernsehkanäle im Sinne des Beschlusses Nr. 116/21/CONS festgelegt) und über einen Redaktionsleiter verfügen.

Darüber hinaus können nach einem von der nationalen Regulierungsbehörde eingeführten Bewertungsverfahren andere kommerzielle audiovisuelle und Radio-

Mediendienste ohne Programme allgemeiner, halb-allgemeiner und informativer Art, die in gleicher Weise wie die oben beschriebenen öffentlichen Dienste und nationalen kommerziellen Dienste kostenlos bereitgestellt werden, als Dienste von allgemeinem Interesse gelten, wenn sie zur Gewährleistung des Medienpluralismus sowie der kulturellen Vielfalt und Meinungsvielfalt beitragen. Die Bewertung erfolgt nach einem von der nationalen Regulierungsbehörde eingerichteten Bewertungsverfahren. Zu diesem Zweck müssen die Dienste unter Verwendung eines Online-Formulars eine formelle Anfrage an die Behörde richten. Die Behörde wird eine Reihe von im Voraus festgelegten Indikatoren berücksichtigen, wenn sie eine Bewertung hinsichtlich ihrer Einbeziehung vornimmt.

Die Kommission stellt fest, dass sich weder aus der Notifizierung noch aus den Antworten auf das im Rahmen der vorherigen Notifizierung übermittelte Ersuchen um ergänzende Informationen ergibt, wie viele audiovisuelle und Radio-Mediendienste möglicherweise als Dienste von allgemeinem Interesse eingestuft werden und folglich von der Förderregelung profitieren könnten. Die Liste der automatisch enthaltenen Dienste erscheint bereits umfangreich. In Erwägungsgrund 25 der Richtlinie (EU) 2018/1808 zur Änderung der AVMD-Richtlinie heißt es, dass die Mitgliedstaaten bei der Erlassung von Vorschriften über die angemessene Herausstellung von Inhalten von allgemeinem Interesse „den Unternehmen nur verhältnismäßige Verpflichtungen in Verfolgung legitimer öffentlicher Interessen auferlegen“ sollten.

Angesichts einer potenziell sehr großen Gesamtzahl von Kanälen, die als Dienste von allgemeinem Interesse betrachtet werden, erinnert die Kommission die italienischen Behörden an die Notwendigkeit verhältnismäßiger Verpflichtungen. Daher stellt die Kommission die potenzielle Wirksamkeit und praktische Umsetzung der Verpflichtung zur Herausstellung in Frage.

Darüber hinaus stellt die Kommission fest, dass unklar ist, ob unter der potenziell hohen Zahl ausgewählter audiovisueller Dienste von allgemeinem Interesse innerhalb des Gesamtkorbs weitere Maßnahmen zur Herausstellung erforderlich oder gewährt würden, und wenn ja, nach welchen spezifischen Kriterien. Mit anderen Worten, es ist nicht ersichtlich, ob eine weitere Rangfolge unter den Diensten von allgemeinem Interesse festgelegt wird.

2.2 Bewertung des Anhangs B im Licht von Artikel 56 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union

Die Kommission stellt fest, dass es auch nicht sofort klar ist, ob das Verfahren für kommerzielle Rundfunkveranstalter, die in Anhang B des notifizierten Entwurfs als Dienste von allgemeinem Interesse anzusehen sind, zwischen Anbietern von Angeboten unterscheidet, die nach Artikel 2 der überarbeiteten AVMD-Richtlinie unter die Zuständigkeit Italiens fallen, und solchen, die dies nicht tun. In Anhang B des notifizierten Entwurfs heißt es, dass die Bewertung die Aspekte der Zeit für nationale, regionale und lokale Informationen, die Zeit für aktuelle, soziale, Bildungs- und Kulturprogramme, den Anteil der europäischen Werke und den Prozentsatz der zugänglichen Angebote umfassen wird.

Die Kommission weist darauf hin, dass keine unmittelbare Benachteiligung ausländischer Anbieter von Mediendiensten hinsichtlich der Berechtigung, in die Dienste von allgemeinem Interesse aufgenommen zu werden, bestehen darf.

Die Kommission erinnert ferner daran, dass der Gerichtshof der Europäischen Union die zulässigen Beschränkungen des freien Dienstleistungsverkehrs eng ausgelegt hat. Artikel 56 AEUV sieht nicht nur vor, jede Diskriminierung von Dienstleistungserbringern aus Gründen der Staatsangehörigkeit oder der Tatsache, dass sie in einem anderen Mitgliedstaat niedergelassen sind als demjenigen, in dem die Dienstleistungen erbracht werden sollen, zu beseitigen, sondern auch jede Einschränkung zu beseitigen, auch wenn sie ohne Unterschied für nationale Dienstleistungserbringer und für diejenigen anderer Mitgliedstaaten gilt, die die Tätigkeiten eines Dienstleistungserbringers mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat, in dem er rechtmäßig ähnliche Dienstleistungen erbringt, verbieten, behindern oder weniger vorteilhaft machen können⁶.

Vor diesem Hintergrund weist die Kommission die italienischen Behörden auf die Notwendigkeit hin, sicherzustellen, dass die praktischen Bedingungen im Zusammenhang mit dem im notifizierten Entwurf vorgesehenen Antragsverfahren, wie z. B. Sprachanforderungen und Informationen über die Antragsformulare, keine Beschränkungen des freien Dienstleistungsverkehr für außerhalb Italiens ansässige Anbieter von Mediendiensten darstellen. Diese Notwendigkeit ergibt sich auch aus Artikel 11 der Charta der Grundrechte der EU, in dem u. a. die Freiheit verankert ist, *„Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben“*.

Die Kommission fordert die italienischen Behörden auf, die oben genannten Bemerkungen zu berücksichtigen.

Die Kommissionsdienststellen stehen einer engen Zusammenarbeit und Diskussion mit den italienischen Behörden über mögliche Lösungen für die ermittelten Fragen im Einklang mit dem EU-Recht offen.

Hochachtungsvoll,

Für die Kommission

Thierry Breton
Mitglied der Kommission

⁶ Siehe z. B. Urteil Jyske Bank Gibraltar vom 25. April 2013 (C-212/11, EU:C:2013:270, Randnrn. 58-59).